

II-1730 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 885 /J

1984-07-10

A N F R A G E

der Abgeordneten Ingrid Tichy-Schreder
und Kollegen

an den Bundesminister für Bauten und Technik

betreffend neuerlicher Versuch auf Absiedlung von Mietern im

1. Wiener Bezirk durch die Bundesbaudirektion Wien

Der gesamte Erste Wiener Gemeindebezirk wurde vom Gemeinderat zur Schutzzone erklärt. Das heißt, daß Räumlichkeiten, die am 15. August 1976 als Wohnungen genutzt waren, auch in Zukunft als Wohnungen zu nutzen sind. Eine Umwandlung in Büros ist verboten.

Wie die Wiener Innenstadtzeitung "City" berichtet, soll nun nach dem Finanz- und Familienministerium, die die Bewohner des Hauses Himmelpfortgasse 11 absiedeln wollten, das Justizministerium versuchen, im Haus Hansenstraße 4-6 Wohnungen in Büros umzuwandeln.

Mitte Mai erhielten die Bewohner dieses Hauses eine Aufforderung der Bundesbaudirektion Wien, "ehestmöglich das Einvernehmen über die Auflösung Ihres Mietverhältnisses herzustellen". Betroffen sind 25 Menschen in 7 Wohnungen. Manche Bewohner haben schon mehr als 40 Jahre hier ihr Zuhause. Der ÖVP-Klub der Bezirksvertretung Wien 1 hat bereits angekündigt, alles zu unternehmen, um den Bewohnern des Hauses Hansenstraße 4-6 ihre Wohnungen zu erhalten.

- 2 -

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Bauten und Technik nachstehende

A n f r a g e :

- 1) Ist Ihnen bekannt, daß der 1. Wiener Gemeindebezirk insgesamt vom Gemeinderat zur Schutzzone erklärt wurde und daß daher Wohnungen, die am 15. August 1976 als Wohnungen genutzt waren, auch weiterhin als Wohnungen zu nutzen sind?
- 2) Sind Sie bereit, die von der Bundesbaudirektion Wien in Aussicht genommene Absiedlung der Bewohner des Hauses Hansenstraße 4-6 einzustellen?
- 3) Sind Sie bereit, die Bundesbaudirektion Wien anzuweisen, in Hinkunft grundsätzlich von einer Umwidmung von Wohnungen in Büroräume in den erklärten Schutzzonen Abstand zu nehmen?